

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 77 (1999)
Heft: 3

Vorwort: Editorial
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EDITORIAL

Der soziale Wandel und die wirtschaftlichen Krisenjahre haben dazu geführt, dass die Sozialhilfe heute so stark beansprucht wird wie noch selten zuvor in der Schweiz. Seit Anfang der 90er Jahre hat sich die Zahl der Sozialhilfe-BezügerInnen mehr als verdoppelt. Damit sind auch die Kosten stark gestiegen, und die Sozialhilfe – in Zeiten der Vollbeschäftigung nur von marginalem politischen Interesse – ist zu einem der wichtigsten politischen Themenfelder geworden. Auf dem Feld der Sozialhilfe und damit auf dem Rücken der Armutsbetroffenen wird der ideologische Kampf um den Sozial- oder Wohlfahrtsstaat ausgetragen. Für die Linke ist klar, dass der Sozialstaat und damit die Sozialversicherungen und die Sozialhilfe nicht abgebaut werden dürfen. Im Gegenteil, die Sozialversicherungen müssen teilweise ausgebaut werden, damit Armutsrisiken (Mutterschaft, Familiengründung etc.) beseitigt werden können. Linken Politikerinnen und Politikern ist jedoch auch klar, dass die Sozialhilfe sich aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in der Gesellschaft ändern muss. Die Frage lautet, wie der Sozialstaat auf diese Veränderungen reagiert und welche Instrumente er entwickelt, um den gesellschaftlichen Wandel sozialverträglich zu machen und um sicherzustellen, dass prinzipiell alle Teile der Bevölkerung an der Gesellschaft teilhaben können. In welche Richtung die Veränderungen in der Sozialhilfe gehen müssen, ist auch in der Linken selbst umstritten. Uns geht es in dieser Nummer der Roten Revue darum, diese kontroverse Diskussion innerhalb der Linken zu führen. Dazu haben wir uns aus Platzgründen auf drei Themen beschränkt, zu denen wir je einen Pro- und einen Kontra-Artikel eingeholt haben. Die Themen sind: Kombilohn (Susanne Elsen und Walter Schmid), Sekundärer Arbeitsmarkt (Monika Stocker und Isidor Wallimann) und Prinzip der Gegenseitigkeit (Ueli Tecklenburg und Ruth Gurny). Die Artikel machen deutlich, dass es einerseits die Detailfragen sind, worüber die Einschätzungen auseinandergehen, andererseits aber auch die Frage nach der prinzipiellen Rolle der Sozialhilfe in unserer Gesellschaft. Ergänzt wird diese Diskussion um Artikel über die aktuelle Armutssituation in der Schweiz (Katharina Kerr), über das bestehende System der Sozialhilfe (Rosmarie Ruder), über die praktische Arbeit in der Sozialhilfe (Ursula Padrutt) und über die Notwendigkeit eines Rahmengesetzes für die Sozialhilfe auf Bundesebene (Christine Goll).

Die Redaktion